



## **Mehrheit bezieht Stellung zur KCE-Studie**

**ProDG, SP und PFF kündigen Resolution zum Erhalt der Entbindungsstation in Eupen an**

**Die Fraktionssprecher der ProDG-SP-PFF-Mehrheit im Parlament haben in einer Stellungnahme eine Resolution an die Föderalregierung zur Absicherung der Entbindungsstation und des Gesundheitsangebots in deutscher Sprache angekündigt. Damit wollen sie in erster Linie Druck auf den Föderalstaat ausüben, der über eine Schließung von 17 Entbindungsstationen beraten wird.**

Mit diesem Schritt unterstützt die Mehrheit außerdem die Bemühungen der DG-Regierung, die in einer Stellungnahme von Gesundheitsminister Antonios Antoniadis angekündigt wurden. Außerdem wolle man die aktuelle Föderalministerin De Block an den Respekt der deutschen Sprache und der deutschsprachigen Belgier im Bereich der Gesundheitsversorgung erinnern.

Anlass für diese Resolution ist die jüngst veröffentlichte Empfehlung des föderalen Expertisezentrums für das Gesundheitswesen (KCE), wonach insgesamt 17 Entbindungsstationen in Belgien unmittelbar von einer Schließung bedroht sind, weil sie nicht kostendeckend arbeiten.

„Es ist unverantwortlich nur die Kriterien der Kosteneffizienz und Erreichbarkeit zu Rate zu ziehen, um zu einer Einschätzung der gesundheitlichen Lage in den Krankenhäusern zu gelangen“, sind sich die Fraktionssprecher der drei Mehrheitsparteien einig. Auch die Sprache müsse als Kriterium herangezogen werden, um die soziokulturelle Realität widerzuspiegeln und den Bedürfnissen deutschsprachiger Patientinnen und ihrer Familien gerecht zu werden.

Wenn das föderale Expertisezentrum für das Gesundheitswesen (KCE) in seiner Stellungnahme davon spricht, dass es nicht nur darum gehe, Geld zu sparen, sondern die Ressourcen im Gesundheitssektor so effizient wie möglich zu nutzen, ohne dabei Kompromisse bei Qualität oder Zugänglichkeit einzugehen, verkennt es damit die spezifische Situation in der Deutschsprachigen Gemeinschaft.

Es könne nicht angehen, dass den schwangeren Frauen im Norden der DG der Zugang zu der einzigen in der unmittelbaren Nähe liegenden Geburtsstation, in der sie in deutscher Sprache versorgt werden können, verwehrt bliebe.

Eine entsprechende Resolution soll in Kürze im Parlament hinterlegt werden. Die Koalition appelliert an eine fraktionsübergreifende Zusammenarbeit bei diesem doch sehr sensiblen Thema der Gesundheit.

Gregor Freches, Fraktionsführer der PFF im PDG

Charles Servaty, Fraktionsführer der SP im PDG

Freddy Cremer, Fraktionsführer von ProDG im PDG